

Energieszene

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(1990)**

Heft 2: **Tschernobyl : Atomkriegszone im Frieden**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die von Präsident George Bush in Washington veranstaltete Konferenz über den Treibhauseffekt endete mit scharfen Differenzen. Während europäische Umweltminister für die sofortige Begrenzung gefährlicher Abgase wie Kohlendioxid eintraten, sind die USA für Abwarten und weitere Abklärungen. Das Weisse Haus verärgerte die eingeladenen Minister aus 17 Ländern durch verschiedene Manipulationsversuche. Frankreichs Umweltminister kritisierte nach dem ersten Tag, dass Washington die Umweltminister aus 17 Nationen offenbar für eine Belehrung nach Washington gerufen habe. Am ersten Tag standen bloss amerikanische Redner auf der Liste. Diese intonierten in Variationen die von George Bush angemeldeten Bedenken über die gefährlichen Auswirkungen von Sofortmassnahmen auf das wirtschaftliche Wachstum. Wie sich herausstellte, hatte Bushs Stabschef John Sununu Anweisungen erteilt, dass die Diskussion über eine beschleunigte Erwärmung vermieden werden solle. TA, 20.4.90

Drogenmissbrauch, Diebstahl, fehlerhaft arbeitende Maschinen und der Austritt giftiger Stoffe wie Plutonium sind einem Regierungsbericht zufolge in amerikanischen Atombombenfabriken an der Tagesordnung. In einer Anfang Mai vom US-Energieministerium in Washington veröffentlichten Studie werden Fehler und Nachlässigkeiten wie die Missachtung von Sicherheitsvorschriften einer Reaktoranlage am Savannah-Fluss, die Vertuschung von Umweltverschmutzung in einer Fabrik bei Denver oder eine handgreifliche Auseinandersetzung zwischen Elektrikern einer Atomfabrik in South Carolina aufgelistet. Der Bericht, der den Zeitraum von August letzten Jahres bis März 1990 abdeckt, erlaubt einen ersten Blick hinter die Kulissen der Produktionsanlagen. Eine Kopie des Reports war vor sechs Wochen versehentlich an verschiedene Regierungsstellen geschickt und damit öffentlich gemacht worden. TA, 4.5.90

Das Risiko eines schweren Unfalls in einem französischen AKW ist nach einem internen Bericht des staatlichen Energiekonzerns Electricité de France EDF weitaus höher als bisher angenommen. Der EDF-Generalinspektor für Nuklearsicherheit, Pierre Tanguy, nennt in dem Bericht eine Wahrscheinlichkeit für einen schweren Unfall von «einigen Prozent in den kommenden zehn Jahren». Dies gilt für einen Unfall, bei dem «die Behörden den Krisenplan für den Standort anwenden». Als besonders besorgniserregend

bezeichnet Tanguy die Gefahr eines «abrupten Bruches eines oder mehrerer Röhren des Dampfgenerators». Als riskant nannte er das vorzeitige Altern von Sicherheitseinrichtungen. taz, 16.2.90

In Frankreich ist bis vor kurzem potentiellen Saboteuren die Aufgabe nicht schwer gemacht worden. Das enthüllt ein vertraulicher Bericht des Sicherheitsbeauftragten der staatlichen Stromversorgung Electricité de France, Kriminalkommissar Doucet. Doucet hatte einige Kollegen beauftragt, einen Scheinangriff auf ein Kernkraftwerk auszuführen. Den «Terroristen» gelang es, ohne nennenswerte Schwierigkeiten bis in den Kontrollraum vorzudringen und eine «Sprengladung» anzubringen. Seither sind die Sicherheitsvorkehrungen verschärft worden. Eine Schwachstelle sind die Zulieferfirmen für Ersatzteile und Reparaturen. «Wir haben bei den Zulieferern Leute entdeckt, die in den Karteien für Terrorismus und Gewaltverbrechen geführt werden», heisst es in dem Bericht. FAZ, 19.4.90

ENERGIE SZENE

Die Inbetriebnahme des Schnellen Brüters in Creys-Malville, nahe der Schweizer Grenze, hat bei der Genfer Regierung einen scharfen Protest ausgelöst. Der Genfer Staatsrat will, dass seine französischen Anwälte einen Produktionsstopp der Anlage erwirken, bis ein Urteil des Verwaltungsgerichts von Grenoble über die Sicherheit der Anlage vorliegt. Die Inbetriebnahme stelle ein Fait accompli dar, heisst es im Communiqué der Genfer Regierung weiter. Das Werk werde in Betrieb genommen, bevor überhaupt das französische Gericht in Grenoble über die hängigen Rekurse entschieden habe. Insgesamt haben sechs Schweizer Gemeinden, darunter die Städte Genf und La Chaux-de-Fonds, im vergangenen März einen Rekurs gegen die vorgesehene Inbetriebnahme des rund 70 Kilometer von Genf entfernten Schnellen Brüters eingereicht. Das Verwaltungsgericht in Grenoble hatte in der Folge einen Expertenbericht über die Sicherheit des Werkes in Auftrag gegeben, der im Juni vorliegen soll. Dessen ungeachtet haben die Verantwortlichen des Superphénix das Atomkraftwerk über die

Ostertage nach einem sechseinhalbmonatigen revisionsbedingten Unterbruch in Betrieb gesetzt. Wenn sich innerhalb der nächsten drei Wochen kein Zwischenfall ereignet, soll der Schnelle Brüter wieder voll ans Netz gehen. TA, 17.4.90

Die französische Regierung hat ihr seit Monaten von Umweltschützern und Atomkraftgegnern hart bekämpftes Projekt einer Atommülldeponie vorerst zurückgezogen. Premierminister Michel Rocard beschloss, dass die Pläne noch einmal überarbeitet und mit den lokalen Körperschaften und den Interessenvertretern an den verschiedenen möglichen Standorten abgestimmt werden sollen. Dies dürfte mindestens ein Jahr in Anspruch nehmen. Für das unterirdische Lager, in dem ab dem Jahr 2010 bis zu 70000 Kubikmeter radioaktiven Mülls gesammelt werden kann, waren vier mögliche Standorte vorgesehen. Seit im Dezember letzten Jahres in einem dieser Standorte, in Bourg d'Ire beim westfranzösischen Angers, unter starkem Polizeiaufgebot erste Probebohrungen begannen, hatte sich ein massiver BürgerInnenprotest entwickelt. taz, 10.2.90

Arbeiter in der britischen Wiederaufbereitungsanlage Sellafield (Windscale), die darüber besorgt sind, dass ihr Erbgut Leukämie bei ihren Kindern auslösen kann, sollten keine Kinder zeugen. Diesen Rat gab ihnen der Direktor der Gesundheits- und Sicherheitsabteilung von Sellafield, Dr. Roger Berry. Professor Martin Gardner von der Universität Southampton hatte in seinem Mitte Februar veröffentlichten Untersuchungsbericht über die hohe Leukämierate in der Umgebung von Sellafield festgestellt, dass radioaktive Strahlung eine genetische Veränderung der Spermien verursachen kann. In Seascale, einem Seort fünf Kilometer südlich der Wiederaufbereitungsanlage, beträgt die Leukämierate das Zehnfache des Landesdurchschnitts. Gardner sprach am 22. Februar mit der Belegschaft in Sellafield. Er wies darauf hin, dass sich das Risiko für Kinder verachtfache, wenn der Vater radioaktiver Strahlung ausgesetzt ist. «Das ist eine Zahl, die jeder selbst interpretieren kann», sagte Gardner. An der Informationsveranstaltung nahmen über tausend Arbeiter teil. Viele waren völlig verunsichert und verweigerten jegliche Stellungnahme. taz, 23.2.90

Totgesagte leben länger. Die acht britischen Magnox-Atomreaktoren, die demnächst stillgelegt werden sollten, dür-

fen nun zehn weitere Jahre in Betrieb bleiben. Das entschied am 23. April das «Nuclear Installations Inspectorate» NII. Die Atombehörde gab bekannt, dass die Lebenserwartung der Reaktoren in den Atomkraftwerken Calder Hall und Chapelcross durchaus 40 Jahre betragen könne, wenn bestimmte Auflagen erfüllt werden. Das NII stützte sich bei seiner Entscheidung ausgerechnet auf eine Studie von «British Nuclear Fuels» BNFL, der Betreiberfirma der acht Reaktoren. BNFL untersteht dem Verteidigungsministerium und produziert Plutonium für die britischen Atomsprenkköpfe und für den Export. Darüber hinaus ist Chapelcross in Schottland die einzige britische Quelle für Tritium, einen wichtigen Bestandteil der Wasserstoffbombe. BNFL verkauft das bei der Plutonium-Produktion anfallende Abfallprodukt – den Strom – an die Elektrizitätswerke. Calder Hall ist das älteste industrielle Atomkraftwerk der Welt. Es gehört ebenso wie die Wiederaufbereitungsanlage Windscale zur Atomanlage Sellafield in Cumbria. Die neuen Auflagen zur Verbesserung der «Sicherheit» betreffen unter anderem die Schnellabschaltung im Notfall und das Frühwarnsystem bei einem Leck der Gaskühlung. BNFL rechnet mit Kosten in Höhe von 30 bis 60 Millionen Mark. Doch auch danach werden die acht Reaktoren die heute gültigen Sicherheitsanforderungen bei Erdbeben nicht erfüllen. BNFL-Direktor David Evans will sich mit der Verlängerung der Betriebslaubnis um zehn Jahre nicht zufriedengeben. Er möchte die Lebensdauer der Reaktoren auf 50 Jahre hochschrauben. taz, 25.4.90

Im Laufe der nächsten knapp einhalb Jahre soll in Grossbritannien ein Grossteil der Industrie aus dem Staatssektor in Privatbesitz übergeführt werden. Eine Ausnahme bilden lediglich 17 Kernkraftwerke, die vor allem wegen des über ihnen hängenden Damoklesschwertes der unkalkulierbaren Kosten, die bei der Entsorgung der nuklearen Abfälle und bei der Stilllegung der Reaktoren entstehen, als unverkäuflich angesehen werden.

Die Regierung betont weiterhin, dass die «nukleare Option» weiterhin offenstehe. Doch es ist unübersehbar, dass die Privatisierungspläne für die britische Nuklearindustrie praktisch den Todesstoss bedeutet haben. Bereits jetzt ist abzusehen, dass der Anteil der Kernenergie an der Stromversorgung wieder sinken wird. Die Absage an Kernreaktoren kam schrittweise. Bei der Vorbereitung der Privatisierung wurde öffentlich bekannt, dass die Gesteigungskosten für Kernenergie in Grossbritannien pro Kilowattstunde deutlich über dem bei

nicht nuklearer Produktion entstehenden Aufwand liegen; im Vergleich zu effizienten Kohlekraftwerken sind sie sogar rund dreimal so hoch. Ein drückendes Problem sind die in den letzten zehn Jahren markant gestiegenen Kosten für die Wiederaufbereitung von Brennstoff. Eine vollständig unbekannt Grösse ist der Aufwand, der bei der sich über einen Zeitraum von 50 bis 100 Jahren spannenden Stilllegung und vollständigen Demontage von Reaktoren auftreten wird. Vor einem Jahr lauteten die Schätzungen allein für die ans Ende ihrer Lebensdauer kommenden acht Magnox-Reaktoren auf 2,8 Milliarden Pfund; diese Zahl wird mittlerweile aber als viel zu niedrig angesehen. Im Juli des letzten Jahres gab die Regierung bekannt, dass die Magnox-Reaktoren von der Privatisierung ausgenommen werden. Und im November wurde beschlossen, auch die modernen, bereits produzierenden oder sich im Bau befindenden Reaktoren nicht zu verkaufen. Ausserdem wurden alle Pläne für den Bau von neuen Reaktoren aufgegeben. NZZ, 31.3.90

Im AKW Brunsbüttel B R D verursacht der Orkan «Vivian» Ende Februar eine vorübergehende Reaktorabschaltung. Als «Vorkommnis» der Kategorie «Eilt» meldeten die Hamburgischen Elektrizitätswerke HEW der Kieler Aufsichtsbehörde den Vorfall. Der Sturm habe, so die HEW, zwei von 48 Dachklappen im Maschinenhaus geöffnet, die an das System der Drucküberwachung angeschlossen sind. Sie dienen der Erkennung eines Rohrbruchs und gehören zum Reaktorschutzsystem. Daher wurden der Reaktor abgeschaltet und die Frischdampfleitungen geschlossen. Dabei schloss sich eine von zwei Entwässerungsarmaturen nicht vollständig – obwohl dieser Bereich erst vor sechs Wochen bei der Revision überprüft worden sei, so das Kieler Sozialministerium. taz, 28.2.90

Die DDR hat mit dem höchsten Energieverbrauch pro Bürger in Europa und zugleich mit nicht kostendeckenden Energiepreisen nach Auffassung von Experten einen immensen Bedarf an rationeller Energienutzung. Aus am 14. April in München veröffentlichten Bestandaufnahmen einer Projektgruppe «Rationelle Energieanwendung» der Stromkonzerne Bayernwerk und Preussen Elektra sowie der Zentralstelle für rationelle Energieanwendung Leipzig geht hervor, dass die DDR rund 25 Prozent mehr Energie pro Bürger verbraucht als die Bundesbürger bei gerade rund einem Viertel der bundesdeutschen Wirtschaftskraft pro Bürger. Die Ursache des überdurchschnittlichen Verbrauchs an Primärenergie ist nach

Auffassung der Leipziger Experten im wesentlichen die ungenügende technische Qualität der zum Teil überalterten Energieanlagen und -ausrüstungen. Aus der spezifischen Art der Energieproduktion in der DDR – vor allem über den Energieträger Braunkohle – ergibt sich nach Darstellung der Wissenschaftler auch eine Belastung durch Schwefeldioxid, die international an der Spitze liege. Leipzig beispielsweise sei die am schlimmsten durch den Stoff belastete Grossstadt in Europa. Als Massnahmen zur rationelleren Energienutzung sieht die Projektgruppe die Möglichkeit von Einsparprogrammen, verbunden mit dem Einsatz umweltfreundlicher Technologie, Stadterneuerungsprogrammen, Energiesparberatungen, fachlicher Weiterbildung von Energiefachleuten, Wärmenutzungskonzepten sowie vermehrtem Einsatz regenerativer Energie, wie Wärmepumpen und Solarkollektoren. NZZ, 18.4.90

Nach der Reparatur eines Kabelschadens wird der Block IV des umstrittenen AKW Greifswald in der DDR wieder ans Netz gehen. Radioaktive Stoffe sind laut Werksleitung bei dem Störfall am 20. Februar nicht ausgetreten. Spezialisten hätten den Reaktorblock vorsorglich vom Netz getrennt, nachdem ein Kabel mechanisch beschädigt worden sei. Der vierte Block sollte Mitte März für den dann fälligen Brennelementwechsel abgeschaltet werden. Block II war Mitte Februar abgeschaltet worden, und Block III soll nach Empfehlungen von Bundesumweltminister Töpfer stillgelegt werden. Block I wurde 1988 technisch nachgebessert. taz, 22.2.90

Nordkorea errichtet nach Angaben japanischer Wissenschaftler 90 Kilometer nördlich der Hauptstadt Pjöngjang eine grosse nukleare Produktionsanlage. Wie die Wissenschaftler nach der Analyse von Satellitenphotos, die im September letzten Jahres gemacht worden waren, in Tokio mitteilen, sind auf den Bildern Gebäude zu sehen, die einen Reaktor, eine atomare Wiederaufbereitungsanlage, Forschungsstätten und Unterkünfte für das Personal beherbergen. Ein Vergleich mit Aufnahmen von Juli 1986 zeige, dass die Anlage bei der Ortschaft Yeongbyeon seither erheblich ausgebaut worden sei. Eine britische Militärfachzeitschrift hatte im vergangenen September prognostiziert, Nordkorea werde in fünf Jahren in der Lage sein, Atomwaffen herzustellen. NZZ, 10.2.90

TA Tages-Anzeiger, taz Tageszeitung, FAZ Frankfurter Allgemeine Zeitung, NZZ Neue Zürcher Zeitung